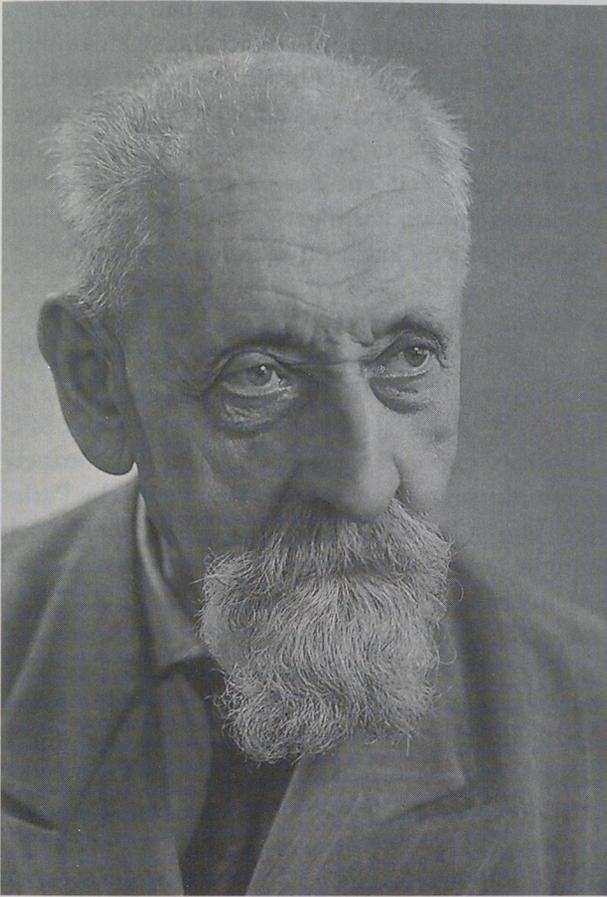


# Frank Raberg Albert Pflüger (1879–1965) – Parlamentarier zwischen Monarchie und Bundesrepublik



Albert Pflüger, Aufnahme von 1945/46.

Albert Pflüger (...) treffe ich in seiner Obertürkheimer Wohnung an. Er ist soeben vom Heuberg entlassen worden, trägt, nachdem ihm der Vollbart dort oben weggeschoren worden ist, einen struppigen Stoppelbart und ist zum Skelett abgemagert. Der erste Anblick genügt, um zu erfahren, wie es ihm ergangen ist. So schildert Wilhelm Keil, einer der führenden Sozialdemokraten Württembergs, seine erste Begegnung mit dem Parteifreund nach dessen Entlassung aus dem KZ Heuberg bei Stetten am kalten Markt im Jahre 1933. Pflüger war sehr bald nach der «Machtergreifung» – die für Württemberg auf den 15. März 1933 zu datieren ist, als der spätere Gauleiter Reichsstatthalter Wilhelm Murr sein «Kabinett» berief –, von den nationalsozialistischen Machthabern in Württemberg verfolgt und am 26. Juni in das auf dem ehemaligen Truppenübungsplatz eingerichtete KZ verbracht worden. Zusammen mit ihm wurden zeitgleich auch sein Parteifreund Erich Roßmann (1884–1953) – seit 1924 Reichstagsabgeordneter – und der DDP-

Politiker Johannes Fischer (1880–1942) – seit 1913 Landtagsabgeordneter – in das Lager gebracht. Hier wurden Politiker, die den Nationalsozialismus seit dessen frühen Tagen – und nicht nur im Parlament – heftig angegriffen und bei jeder Gelegenheit vor ihm gewarnt hatten, – und mit ihnen ihre Familien – schikaniert und gequält. Albert Pflüger war einer der bedeutendsten Köpfe der württembergischen Sozialdemokratie, und 1933 jährte sich bereits zum 20. Male der Tag, an dem er seine Abgeordnertentätigkeit begonnen hatte, die nunmehr so brutal unterbrochen worden war. Im Halbmondsaal, dem württembergischen Landtag, hatte er hohe und höchste Weihen empfangen: Nach einer Amtszeit als Vizepräsident war er von 1928–1932 Präsident des Landtags gewesen.

Wie der entmachtete Staatspräsident und Innenminister Eugen Bolz (Zentrums-Partei), mit dem Pflüger in vielen Jahren gemeinsamer Parlamentszeit in zahlreichen politischen Fragen die Klagen gekreuzt hatte, mußte nun auch der ehemalige Landtagspräsident als hochrangiger Politiker der «Weimarer Zeit» in Württemberg dafür büßen, die demokratische Grundordnung und Freiheit verteidigt und deren Liquidatoren beim Namen genannt zu haben.

*Der Bauernsohn aus Dettingen bei Kirchheim/Teck lernt Schriftsetzer und wird Landessekretär der SPD*

Albert Pflüger ist im Schatten der Burgruine der Herzöge von Teck in dem kleinen, zur Zeit seiner Geburt etwa 1850 Einwohner zählenden Ort Dettingen (Oberamt Kirchheim unter Teck, heute Landkreis Esslingen) geboren worden. Dort kam er am 7. November 1879 als Sohn des Bauern Albrecht Pflüger und dessen Ehefrau Caroline, geb. Müller, zur Welt. Er hatte noch fünf Geschwister, von denen eines im Alter von vier Jahren starb. Auch der Großvater väterlicherseits, Johannes Pflüger, war Bauer gewesen.

Über die Jugend Pflügers ist wenig bekannt; die Unterlagen im Evangelischen Pfarramt Dettingen vermelden nur die Konfirmation des dreizehnjährigen Albert am 16. April 1893. Sicherlich kann man davon ausgehen, daß er eine Kindheit und Jugend verlebte, die, obwohl er einem *alten Bauerngeschlecht* entstammte, wie es in einem Zeitungsartikel zu seinem 70. Geburtstag hieß, vom Zwang zum Sparen

und äußerst bescheidenen Verhältnissen geprägt war. Andersorts ist gar von einer *entbehrungsreichen Jugend* die Rede. Einzelheiten aus seinen frühen Jahren werden der Nachwelt wohl verborgen bleiben, da es allem Anschein nach autobiographische Aufzeichnungen Pflügers, die bis in die Kindheit zurückreichen, nicht gibt.

Nach der Volksschule begann er in der benachbarten Oberamtsstadt Kirchheim eine Berufsausbildung als Buchdrucker (Schriftsetzer), die er in A. Gottliebs & J. Oßwalds Buchdruckerei absolvierte, wo u. a. auch der Druck des Kirchheimer *Teckboten* besorgt wurde. Der frühe Tod des Vaters am 30. Januar 1899 im Alter von 49 Jahren konfrontierte Pflüger unerwartet rasch mit der Notwendigkeit, seinen eigenen Weg im Leben finden zu müssen. Er ging zunächst in seinem Lehrbetrieb dem erlernten Beruf nach, las in der freien Zeit sehr viel, entwickelte ein großes Interesse an der Politik und fand gleichsam organisch – noch 1898 – den Weg zur SPD und zur Gewerkschaft, dem Verband der deutschen Buchdrucker.

Sein Parteifreund Fritz Ulrich (1888–1969), später ebenfalls Abgeordneter des Landtags, aber auch des Reichstags und Innenminister des Landes Württemberg-Baden bzw. Baden-Württemberg, erinnerte sich anlässlich des 75. Geburtstages von Pflüger, die SPD habe ihn 1904 nach Stuttgart ins Landessekretariat der Partei sowie in die Redaktion der *Schwäbischen Tagwacht* geholt. Offenbar war man in der Führung der sozialistischen Partei auf die nicht nur rednerischen Talente des jungen Mannes aufmerksam geworden und gedachte sie entsprechend zu nutzen. Schon ein Jahr später wurde der noch nicht 26jährige Albert Pflüger in den Stuttgarter Bürgerausschuß gewählt. Dies war der Beginn seiner Abgeordnetentätigkeit, die – mit der Unterbrechung durch das «Dritte Reich» – ein volles halbes Jahrhundert währen sollte.

Es war ein guter Zeitpunkt, um in der SPD aufzusteigen. Die Partei befand sich in einer stetigen Aufwärtsentwicklung – im Jahr 1895 hatte sie gerade zwei Mandate für den Landtag gewonnen, bei den übernächsten Wahlen 1906 (vor allem auch aufgrund der Umwandlung der II. Kammer des Landtags in eine «reine Volkskammer») bereits fünfzehn – und wurde von einer dynamischen Führungsspitze geleitet, die den Nachwuchs entschieden förderte. Der bedeutendste SPD-Politiker in Württemberg in dieser Zeit war sicherlich Wilhelm Keil (1870–1968). Der im Hessischen geborene Keil war leitender Redakteur des Parteiblattes *Schwäbische Tagwacht* in Stuttgart, in der zahlreiche Sozialdemokraten von Rang zumindest zeitweise tätig waren –

neben Pflüger und Ulrich später auch Kurt Schumacher, Erich Roßmann und Karl Hildenbrand. Als Landessekretär wuchsen Albert Pflüger zunehmend Aufgaben im organisatorischen und agitatorischen Bereich zu, was sich mit seiner redaktionellen Tätigkeit bestens verknüpfen ließ. Die Landtags- (1906 und 1912) und Reichstagswahlkämpfe (1907 und 1912) der SPD in Württemberg vor dem Ersten Weltkrieg sind wesentlich von ihm organisiert worden. Daher ist es zweifellos korrekt, ihn schon für die Zeit vor dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs zu den wichtigsten Köpfen der schwäbischen Sozialdemokratie zu zählen.

*Albert Pflüger, ein «Vertreter der gemäßigten Tonart», gewinnt 1913 in Stuttgart einen Landtagsstz für die SPD*

Im Herbst 1912 brachte die Landtagswahl der SPD erneut ein schönes Ergebnis: Siebzehn Abgeordnete konnte sie nunmehr in das württembergische Parlament entsenden. Der 33jährige Pflüger, der danach drängte, nun endlich auch in den Landtag einzuziehen, unterlag hingegen knapp. Sein Ziel erreichte er erst einige Monate später. Der Landtags- und Reichstagsabgeordnete Karl Hildenbrand (1864 bis 1935), wie Keil einer der «Revisionisten» in der württembergischen SPD, also ein Vertreter des moderaten, weniger dogmatisch-klassenkämpferischen Flügels und wie Pflüger von der Berufsausbildung her Schriftsetzer, zog nach Hamburg um, wo er in die Dienste der Volksfürsorge trat. Daher mußte er sein Mandat als Abgeordneter des Wahlkreises Stuttgart-Amt zurückgeben. Albert Pflüger trat bei der Landtagsersatzwahl am 25. Oktober 1913 für diesen Wahlkreis als Nachfolger Hildenbrands gegen den Kandidaten der Deutschen Partei, Stadtpfarrer Eduart Lamparter, an. Dieser unterlag dem sozialdemokratischen Kandidaten, laut «Schwäbischer Kronik» *gleich Hildenbrand ein Vertreter der sogenannten gemäßigten Tonart*, obwohl die SPD bei dieser Ersatzwahl sogar in ihren Hochburgen schmerzliche Verluste hinzunehmen hatte.

Der neue Abgeordnete wurde, gemeinsam mit vier weiteren aus Ersatzwahlen hervorgegangenen Abgeordneten, in der 79. Sitzung der II. Kammer am 21. Januar 1914 von Landtagspräsident Heinrich von Kraut vereidigt. Bereits zehn Tage später ergriff Albert Pflüger, der Mitglied des Weggesetz-Ausschusses der Kammer wurde, erstmals in seiner neuen Eigenschaft im Plenum das Wort, um sich zu Plänen zur Erweiterung des Eisenbahnnetzes in Württemberg zu äußern. Dabei attackierte er nicht nur sofort den Ministerpräsidenten Karl Hugo Freiherr von Weizsäcker, der gesagt haben soll, ein

Die Führung der SPD in Württemberg im Jahre 1919.

Wilhelm Bloss (stehend, der vierte von links), daneben Anna Bloss, Wilhelm Keil (stehend, zweiter von rechts). Der bärtige Albert Pflüger sitzt, rechts von ihm Innenminister Hugo Lindemann, dann Kultminister Berthold Heymann.



Bahnbauprojekt Oberlenningen–Ulm könne gleich zu den Akten gelegt werden, sondern zeigte sich bereits in dem ganzen Selbstbewußtsein, das ihn auch in den nächsten Jahrzehnten kennzeichnen sollte. Er führte kenntnisreich die Gründe für eine seine Heimatregion so unmittelbar betreffende Eisenbahnstrecke ins Feld und entgegnete den lautstark vorgebrachten Zwischenrufen: *Widerlegen Sie das, was ich hier ausführe, versuchen Sie es einmal!* Weizsäcker reagierte mit überlegener Ironie, indem er meinte, er wolle nicht auf alle Behauptungen seines Herrn Vorredners eingehen, jedoch das eine sagen: *Wenn der Herr Vorredner der Ansicht war, daß der Ministertisch Oberlenningen abgelehnt habe, (...) so ist das nicht richtig. Ich habe das heute vor einer Stunde schon ausgesprochen und ich berufe mich auf diejenigen Herren, die mir zugehört haben, da ich gerade in dieser Richtung das Gegenteil von dem gesagt habe, was der Herr Vorredner gesagt hat.*

Die Jungfernrede Pflügers kann kaum als Erfolg bezeichnet werden. Dem Ministerpräsidenten gelang es, die Wirkung der Worte Pflügers in allgemeiner Heiterkeit des Hohen Hauses untergehen zu lassen. Der Ehrgeiz des Parlamentsneulings konnte durch solche Erfahrungen allerdings nur angestachelt werden. So wurde er am 20. Februar 1914 im Rahmen einer landwirtschaftlichen Debatte wieder ganz grundsätzlich, als er «der Rechten» – also dem Zentrum, dem Bund der Landwirte und den Konservativen – vorhielt: *Die Art, wie man von dort drüben zu uns herüberschaut, entspricht dem, was wir in*

*der ganzen politischen Agitation bei jeder Gelegenheit sehen; es will besagen: ihr Sozialdemokraten versteht nichts von diesen Dingen, ihr redet ins Blaue hinein. Meine Herren, dagegen will ich Widerspruch erheben; ich verwahre mich entschieden dagegen, daß man den Gegner derart einschätzt.*

Um noch kurz bei den ersten parlamentarischen Gehversuchen zu verweilen, ist die Debatte der II. Kammer am 5. März 1914 über den Antrag für innere Verwaltung zu der Eingabe des Deutschen Buchdrucker-Vereins in Leipzig vom Februar 1913, betreffend die Konkurrenz im Buchdruckgewerbe durch den Betrieb behördlicher Druckereien, von höchstem Interesse. Es handelte sich um eine Frage aus Pflügers Berufsfeld, zu der er sich aufgerufen sah, Stellung zu beziehen. Erneut monierte er zunächst, daß der Ministerpräsident nicht hinter der Eingabe stehe, verstand es dann aber selbst nicht, in fast einstündiger Rede seinen eigenen Standpunkt klar zu definieren. Der Berichtstatter zu dieser Eingabe, der kantige Zentrumspolitiker Josef Andre, war nun an der Reihe, Pflüger der Lächerlichkeit preiszugeben: *«Es ist alles schon dagewesen», sagt Ben Akiba, aber eines war noch nicht da: daß ein Redner zunächst erklärt, die ganze Eingabe, wie sie uns vorgelegt wird, hat gar keinen Wert, enthält gewissermaßen einen Unsinn, daß ein Redner weiterhin erklärt, der Ausschuß hätte die Eingabe zu den Akten legen sollen, und dann steht derselbe Redner hin und spricht gegen eine Stunde über die Sache, die er selbst für einen Unsinn erklärt hat. Das war noch nicht da!*

*Das war aber auch das einzig Neue in der Rede des Herrn Abg. Pflüger.*

*1919: Verfassung für den freien Volksstaat Württemberg – Der Abgeordnete Pflüger gewinnt an Format*

Albert Pflüger lernte mit der Zeit, sich zurückzuhalten und nur dann das Wort zu ergreifen, wenn er sich dessen, was er sagen wollte, absolut sicher war. Er erlernte das «Handwerk» des Parlamentariers von Grund auf. Bald schon fand die Geschäftsordnung des Landtags, vor allem deren Auslegung, sein lebhaftes Interesse. Später genoß er als Experte in Geschäftsordnungsfragen einen guten Ruf, der lange nachwirkte: Im ersten württembergisch-badischen Landtag war er der Vorsitzende des Geschäftsordnungs-Ausschusses von 1946 bis 1950.

In Friedenszeiten hätten 1918 die nächsten Wahlen stattfinden müssen. Da aber im Sommer 1914 der Erste Weltkrieg ausgebrochen war – an dem Pflüger nicht als Soldat teilnahm, wofür es an einer Erklärung fehlt –, wurden sie ausgesetzt. Der Landtag kam im Verlauf des Krieges immer seltener zusammen. Im November 1918 kam es auch in Württemberg zum revolutionären Umsturz; der volksnahe König Wilhelm II. dankte am Ende des Monats ab. Unter der Führung des Sozialdemokraten Wilhelm Bloss formierte sich eine parlamentarische Regierung, die von Sozialdemokraten und Unabhängigen Sozialdemokraten (USPD) majorisiert wurde, jedoch auch drei Minister aus dem bürgerlichen Lager (DDP und Zentrum) einschloß. Wenn auch in Württemberg der Blutzoll der Revolution weniger hoch war als in anderen deutschen Ländern, so war die politische Lage, vor allem in Stuttgart, doch monatelang aufs Äußerste gespannt. Pflüger, der Tag und Nacht für die *Schwäbische Tagwacht* schrieb und in seinen Kommentaren die radikalen Spartakisten nicht eben schonte, mußte am 30. Dezember 1918 einer USPD-Demonstration vor dem Zeitungsgebäude entgegentreten. Die erhitzten Demonstranten protestierten lautstark gegen die Berichterstattung des Blattes. Pflüger wiegelte ab, wie auch zehn Tage später, als sich Spartakisten Wilhelm Keil greifen wollten, der jedoch nicht anwesend war.

Aufgabe der Verfassungsgebenden Landesversammlung, die im Januar 1919 – eine Woche vor der Weimarer Nationalversammlung – gewählt wurde, war die Ausarbeitung einer Verfassung für den freien Volksstaat Württemberg und die Ausübung der Geschäfte eines ordentlichen Landtags, solange ein solcher nicht auf verfassungsgemäßer Grundlage existierte. Pflügers Position innerhalb der SPD-Fraktion wurde stärker; man wählte ihn sogar zum

Vorsitzenden des wichtigen Finanz-Ausschusses, in welcher Funktion er auch oft als Berichterstatter wirkte. Außerdem gehörte er dem Diätengesetz-Ausschuß an. Sein Ton im Plenum blieb scharf, aber er hatte an Überzeugungskraft und Selbstsicherheit gewonnen. Dem konservativen Abgeordneten Theodor Körner rief er am 17. Dezember 1919 zu, daß er nicht gewillt sei, sich mit diesem über volkswirtschaftliche Fragen zu unterhalten: *Meine Partei lehnt es ab, irgendwie die Lehren und Ratschläge, die er uns erteilen möchte, anzunehmen. Sie ist vielmehr der Meinung, daß der Herr Abg. Körner und die von ihm vertretene Politik nicht dasjenige sind, wovon volkswirtschaftlich noch etwas gelernt werden könnte.* Und später in seiner Rede warf er Körner als dem Vertreter «der Rechten» vor, daß Sie nach Ihrem eigenen Geständnis gar kein Interesse an der Besserung unserer Wirtschaft haben, daß Sie im Gegenteil alles tun, die Lage planmäßig zu verschlechtern, nur um die Wahlen in Ihrem Sinne vorzubereiten.

Für Albert Pflüger war in bezug auf «die Rechte» im Bereich des Negativen nichts unmöglich. Am 28. Oktober 1920 ereiferte er sich im Rahmen der Erörterung einer Anfrage, die er wegen der sprunghaften Steigerung der Preise für die notwendigsten Nahrungsmittel an das zuständige Ministerium gerichtet hatte, so sehr, daß er «der Rechten» den Vorwurf machte, sie wolle den Bürgerkrieg. *Indem sie alles tut, die Verelendung auf die Spitze zu treiben, und indem sie dem Volke einredet, an diesem von ihr herbeigeredeten Elend sei die Republik schuldig, will sie die gewaltsame Beseitigung der demokratischen Republik und aller Errungenschaften der Revolution erreichen. Hingegen habe die SPD mit ihrer Anfrage keine parteipolitischen Zwecke verfolgt. Die Not des Volkes ist groß. Nur das Bestreben, das Volk aus seiner üblen Lage zu reißen, Elend und Not ein Ende zu machen, hat uns bei Einbringung unserer Anfrage geleitet. Soll das Volk große Leistungen vollbringen, so ist erste Voraussetzung, ihm Nahrung, Kleidung und Wohnung zu geben. So allein kann die Schaffenslust gesteigert und so allein der Wiederaufbau bewerkstelligt werden.*

*Verwaltung des Mangels: Führung des Brennstoffamts – Pflüger wird Regierungsrat und Landtagsvizepräsident*

Pflüger wußte sehr genau, wovon er sprach. Er kannte die Not des Volkes. Seit Ende des Jahres 1919 leitete er das Brennstoffamt des Landes in Stuttgart und kannte die Mangelsituation. Die Folgen des Krieges – Einquartierung, Rationierung, Preissteigerung – wirkten noch lange nach in Württemberg; 1919/20 wurde Brennstoff – egal, ob es Holz oder Kohle war – händeringend gesucht.

Gruppenfoto anlässlich des vierzigjährigen Bestehens der SPD Obertürkheim. Albert Pflüger – durch ein Kreuz zu identifizieren – wohnte mehr als 50 Jahre in diesem Stuttgarter Stadtteil.



Manche Stuttgarter hatten in ihren Wohnungen ganze Zimmer mit Holzscheiten vollgestapelt. Andere hatten weniger Geld oder Glück; manche erfroren in dem langen, kalten Winter. Pflüger oblag die Führung des Brennstoffamtes bald auch für das ganze Land Württemberg, und er hat in diesen schweren Jahren nach dem Krieg in einem undankbaren Amt einen wichtigen Beitrag zur Entspannung und Normalisierung des öffentlichen Alltags geleistet. Diesen Verdiensten war auch seine Ernennung zum Regierungsrat im Sommer 1922 zu danken, die auf Wilhelm Keil zurückzuführen war.

Die Bindungen zwischen Wilhelm Keil und Albert Pflüger waren, schon von der Arbeit in der *Schwäbischen Tagwacht* und in der Fraktion her, seit Jahren eng. Nach den Wahlen zum 1. ordentlichen Landtag im Juni 1920, die der SPD gewaltige Stimmeneinbußen eingebracht und sie zum völligen Rückzug aus der Regierungsverantwortung veranlaßt hatte, führten die beiden Männer die Fraktion. Keil war außerdem bis zu seiner Berufung zum Arbeits- und Ernährungsminister im Kabinett von Staatspräsident Johannes von Hieber im November 1921 Zweiter Landtagsvizepräsident gewesen. Da er dieses Amt als Minister nicht innehaben durfte, wurde eine Nachwahl fällig, aus der am 25. November 1921 Albert Pflüger als der neue Zweite Landtagsvizepräsident hervorging; 53 von 75 Abgeordneten hatten ihm ihre Stimme gegeben.

Auch (personal-)politisch lagen Keil und Pflüger innerparteilich ganz auf einer Linie. Spektakulärster Ausdruck dieser Übereinstimmung war die Ent-

scheidungsfindung der sozialdemokratischen Landtagsfraktion in bezug auf den neuen Innenminister Ende Oktober 1919 gewesen. Staatspräsident Blos hatte nach dem Rückzug seines Innenministers Hugo Lindemann aus dem Kabinett den ihm eng verbundenen Unterstaatssekretär Gotthilf Hitzler (1882 bis 1933) für diese Position vorgesehen. Auch die Ehefrau des Staatspräsidenten machte ihren Einfluß in diesem Sinne geltend. Keil hingegen suchte einen Vertreter des revisionistischen Flügels der Partei, den Kultusminister Berthold Heymann (1870–1939), von dessen schwierigen Ressort, in dem er unablässig Angriffen vor allem von seiten des Zentrums ausgesetzt war, an die Spitze des Innenministeriums zu bringen. Es ist nun bezeichnend, daß Keil in seinen Erinnerungen nicht erwähnt – im Gegensatz zu den Memoiren von Wilhelm Blos und denen des Chefs der Sicherheitskompanien in Württemberg, Paul Hahn –, daß Pflüger angeblich einem Mißverständnis aufgesessen sein soll, als er bei der DDP-Fraktion die Stimmung für die beiden Kandidaten erkundete und seiner Fraktion dann berichtete, die Liberalen seien ganz gegen Hitzler. Daraufhin fiel bei den Sozialdemokraten die Entscheidung zugunsten Heymanns, der Innenminister wurde, während Hitzler sich enttäuscht aus Württemberg zurückzog und es in Berlin zum Ministerialdirektor im Reichsverkehrsministerium brachte.

Tatsächlich sei die DDP-Fraktion aber mit Hitzler einverstanden gewesen. Es ist geradezu unglaublich, daß ein Mißverständnis in einer solch wichti-

gen Frage entscheidend gewesen sein soll. Wesentlich glaubhafter wirkt hingegen die Vermutung, daß Keil und Pflüger sich absprachen und letzterer ganz bewußt eine Falschmeldung mitbrachte, um in dieser intriganten Weise Heymann und nicht Hitler das Innenministerium zu sichern. Wie dem aber auch immer gewesen sein mag – der Flügel um Keil hatte einmal mehr seine Wünsche durchsetzen können.

Albert Pflüger, so könnte man meinen, hätte durch seine Wahl zum Landtagsvizepräsidenten – ein Amt, das zur Neutralität verpflichtet – als Abgeordneter an Profil verlieren können; dem war aber nicht so. Er trat nach wie vor als Berichterstatter des Finanz-Ausschusses, dessen Vorsitz er allerdings abgegeben hatte, im Landtag auf, äußerte sich auch zu vielen Fragen im Zusammenhang mit dem Arbeits- und Ernährungsministerium und scheute nicht davor zurück, Landtagspräsident Karl Ludwig Walter (Zentrum) offen zu widersprechen, wenn ihm dies notwendig erschien. Dies war etwa am 9. Februar 1923 der Fall, als er zu Walter bei der Beratung des Nachtragshaushalts für das Rechnungsjahr 1922 schlicht sagte: *Der Herr Präsident ist im Irrtum.* Kaum eine Sitzung des Landtags verging, wenn es um Fragen der Geschäftsordnung ging, ohne eine Wortmeldung Pflügers. Zweifellos prädestinierten ihn seine unbestreitbaren Kenntnisse in diesen Fragen zum Landtagspräsidenten, jedoch wurde dieser nach den Landtagswahlen vom Mai 1924 vom WBB (Fraktionsgemeinschaft des Bauern- und Weingärtnerbundes mit der Bürgerpartei, dem württembergischen Zweig der DNVP) in der Person Theodor Körners gestellt. Albert Pflüger wurde erneut zum Zweiten Vizepräsidenten des Parlaments gewählt.

*1928 wird Albert Pflüger der bis dahin jüngste Parlamentspräsident – 1932 verliert er dieses Amt an den Nationalsozialisten Christian Mergenthaler*

Erst 1928 – er stand nunmehr im 49. Lebensjahr – wählte der Landtag Albert Pflüger in das Amt, das er sicherlich angestrebt hatte und das er mit der Kenntnis, der Überlegenheit und der Würde zu führen verstand, der es bedarf: das Amt des Landtagspräsidenten. Aus den Wahlen vom Mai 1928 war die SPD erstmals nach 1919 wieder als stärkste Partei hervorgegangen und konnte daher dieses Amt beanspruchen. In der Eröffnungssitzung des 3. ordentlichen Landtags am 5. Juni wurde Pflüger mit 53 von 78 abgegebenen Stimmen gewählt, womit er der bis dahin jüngste Parlamentspräsident in der Geschichte Württembergs war. Brav bedankte

sich der Gewählte und stellte in Aussicht, daß er sich bemühen werde, *die Geschäfte des Hauses objektiv und streng gerecht nach allen Seiten so zu führen, daß mit Recht Anstände wohl nicht erhoben werden können. Ich darf aber auch bitten, mir in dieser Tätigkeit, die nicht leicht sein wird, die Unterstützung von allen Seiten des Hauses zu gewähren, damit die Arbeiten des Landtags möglichst gefördert werden können.*

Freilich ist ihm eben diese Unterstützung von allen Seiten des Hauses nicht immer gewährt worden. Denn die Zersplitterung des Parteienfeldes, die Verschärfung der Positionen am linken und rechten Rand machten nicht nur der Staatsregierung das Leben schwer, sondern auch dem Landtagspräsidenten. Zwar hatte die NSDAP nur einen Abgeordneten in das Parlament entsenden können – Christian Mergenthaler (1884–1980), einen Mann, über dessen Reden und Handeln es keine Diskussion geben dürfte, die aber dennoch lange geführt wurde –, jedoch verstand es dieser, mit provokanten Debattenbeiträgen vor allem die Kommunisten zu ebenso heftigen Gegenschlägen ausholen zu lassen. Wilhelm Keil schrieb später, daß der Präsident es als Hüter der parlamentarischen Ordnung nicht leicht gehabt habe. *Geflüssentlich erschwert wurde diese Aufgabe (...) Pflüger, den die widersetzlichen Kommunisten schließlich zwangen, eines ihrer Mitglieder durch die Polizei aus dem Halbmondsaal entfernen zu lassen. Zum erstenmal mußte die Polizei zur Wahrung der Ordnung diesen Raum betreten. Das Parlament verlor die letzten Reste seines Ansehens.*

In der Tat wurde der Parlamentarismus der Weimarer Republik – wie im Reich so auch in den Ländern – durch das Rabaukentum, vor allem der braunen Volksvertreter, langsam aber sicher ausgehöhlt. Es gab nun oftmals nicht mehr die Möglichkeit, mit überlegener Ironie die Situation zu entschärfen, wie Pflüger es gern praktizierte. Selbst sein vehementes Einschreiten nutzte nun nichts mehr. Wo aber die Polizei im Plenarsaal anwesend sein muß, um einen ungestörten parlamentarischen Geschäftsablauf sicherzustellen, ist in der Demokratie bereits kräftig Sand ins Getriebe geraten, um es milde auszudrücken.

Die württembergischen Landtagswahlen von 1932 brachten der SPD eine Niederlage ein; nur noch vierzehn Abgeordnete konnte sie in den Halbmondsaal entsenden – neun weniger als die NSDAP, die einen großen Wahlsieg errungen hatte, und drei weniger als das Zentrum. Im Landtag beanspruchten die Nationalsozialisten am 10. Mai 1932 mit Hinweis auf die gebräuchliche Übung, daß herkömmlich die stärkste Fraktion den Parlamentspräsidenten stelle, dieses Amt. Fritz Ulrich entgeg-

nete Wilhelm Murr, der diese Forderung äußerte, daß die Nationalsozialisten im Reichstag seinerzeit auch nicht den Kandidaten der SPD zum Präsidenten gewählt hätten, obwohl diese Partei stärkste Fraktion gewesen sei; daher könnten sie nun nicht etwas für sich einfordern, was sie andernorts selbst nicht gelten lassen wollten. Die SPD schlage daher, so Ulrich, aufgrund der Tatsache, daß das Zentrum als zweitstärkste Fraktion keinen Kandidaten präsentieren wolle, erneut Pflüger für dieses Amt vor. Bei der Wahl erhielt dieser 13 Stimmen, der Kandidat der KPD, Gustav Köhler, die 7 Stimmen seiner Fraktion, Wilhelm Keil eine Stimme und Mergenthaler von der NSDAP 52 Stimmen. Pflüger wurde aber mit – 48 Stimmen – zum Zweiten Vizepräsidenten gewählt.

Das Ende der parlamentarischen Demokratie kam unaufhaltsam, auch wenn man die vielzitierte Schicksalhaftigkeit dieses traurigen Auszehrungsprozesses, der den Staat fast kampfflos in die Hände Hitlers und seiner Schergen fallen ließ, in einer Analyse ganz ausschalten sollte. Die Reichstagswahlen vom März 1933 bescherten der NSDAP einen solch durchschlagenden Erfolg – wenn auch nicht die absolute Mehrheit –, daß sie den Gleichschaltungsprozeß in den Ländern umgehend in Angriff nehmen konnte. Diese Gleichschaltung erhielt durch das Ermächtigungsgesetz, das die Weimarer Reichsverfassung außer Kraft setzte, eine einmalige scheindemokratische «Weihe». In Württemberg wurde die Regierung Eugen Bolz durch die natio-

nalsozialistische Regierung Wilhelm Murr abgelöst; das Stuttgarter Parlament wurde nach dem Ergebnis der Reichstagswahl neu zusammengesetzt, um nur noch zu dem Zweck zusammenzutreten, im Juni dem Ermächtigungsgesetz zuzustimmen. Diese Farce wurde von vielen erkannt. Einige Parlamentarier, wie Josef Beyerle und Eugen Bolz, verzichteten auf ihr «Mandat»; ebenso Berthold Heymann, der als Sozialdemokrat und Jude – er war zwar bekennender Atheist, aber solche «Feinheiten» störten die auf Rassenwahn gründenden Agitationen der Nationalsozialisten nicht – schlimmen Beschimpfungen ausgesetzt war und in die Schweiz emigrierte. Pflüger wollte Heymann überreden, jetzt nicht aufzugeben und sein «Mandat» zu behalten, jedoch ohne Erfolg; zu viele – auch in der SPD – hatten sich schon von Heymann abgewendet. Bei der Abstimmung über das Ermächtigungsgesetz im Stuttgarter Landtag lehnte die SPD-Fraktion es ab, sich an ihr zu beteiligen. Die notwendige Zweidrittelmehrheit kam dennoch zustande. Albert Pflüger nahm an der Abstimmung nicht teil: Er hatte sich krank gemeldet.

*Tätigkeit nach 1933: Versicherungsvertreter und Gelegenheitsarbeiter – Demütigungen im Alltag, Haftzeiten in den KZs Heuberg und Dachau*

Für den Beamten Pflüger hielt die Machtergreifung der Nationalsozialisten erwartungsgemäß nichts Gutes bereit. Als Oberregierungsrat im Wirtschafts-

*Festliche Versammlung um 1950. In der ersten Reihe, dritter von rechts: Bundeswohnungsbauminister Eberhard Wildermuth, dann Albert Pflüger und Wilhelm Keil.*



ministerium, zu dem er 1930 befördert worden war, wollten ihn die neuen Machthaber nicht sehen. Ein Untersuchungsausschuß förderte zutage, daß Pflüger und sein Kollege vom Zentrum, Regierungsrat Josef Andre, reine Parteibuchbeamte seien, denen die Voraussetzungen zur Ausübung ihrer Tätigkeit fehlten. Deshalb wurden sie zunächst suspendiert und dann aus dem Beamtenverhältnis entlassen, um sie, wie Wilhelm Keil es ausdrückte, *mit Nazibonzen zu ersetzen*.

Schnell fiel auch noch die letzte Maske des neuen Regimes. Unliebsame Persönlichkeiten, politische Gegner und öffentliche Kritiker wurden verhaftet und über kurz oder lang aus dem Verkehr gezogen. Albert Pflüger – praktisch ohne jedes Einkommen und ohne Perspektive für seine Familie und sich – mußte zunächst ins Gefängnis der Polizei in Stuttgart, dann ins KZ Heuberg, wohin wenig später auch Kurt Schumacher verbracht wurde. Der Versuch der Lagerwächter, die anderen Insassen gegen die «Prominenten» aufzuhetzen, schlug fehl. Die Erinnerungen des Sozialdemokraten Erich Roßmann, der seine Verhaftung und die Bedingungen auf dem Heuberg eindringlich schildert, geben ein beredtes Zeugnis davon. In einer Verlautbarung der politischen Polizei hieß es zu den Verhaftungen Pflügers, Roßmanns und Fischers, diese Maßnahme sei gedacht *als Warnung an alle übrigen ehemaligen und gegenwärtigen Hetzer und geistigen Drahtzieher*.

Von den Zuständen in einem KZ, gerade in dieser ganz frühen Zeit nationalsozialistischer Herrschaft, hatte kaum jemand eine Vorstellung. Albert Pflüger, der nach einem Monat wieder entlassen wurde, traf danach nur noch wenige Freunde, verhielt sich äußerst vorsichtig, suchte aber Josef Andre auf, um ihm davon zu berichten, wie es auf dem Heuberg zugehe. Es war ihm ein Bedürfnis, seine Erfahrungen mitzuteilen. Er war mißhandelt, getreten und geschlagen worden, mußte Hunger leiden und sich die übelsten Beschimpfungen anhören. Andre konnte es kaum glauben. Elf Jahre später sperrte man auch ihn in ein KZ – in Welzheim.

Für Pflüger bedeuteten die nächsten zwölf Jahre nichts anderes als den täglichen Kampf ums Überleben. Demütigungen, Angst und Leid gehörten dazu. Er selbst hat später im Fragebogen für das Landtagshandbuch in der Rubrik *Tätigkeit nach 1933* geschrieben, er habe sein Geld als Versicherungsvertreter und Gelegenheitsarbeiter verdient. Diese Arbeiten verrichtete er vor allem in Fabriken und in Erntezeiten auf dem Land. Immer wieder waren er und seine Familie – seine Frau Berta und sein Sohn Albert – übelsten Pöbeleien und Drangsalierungen ausgesetzt. Das reichte vom Stein, der nachts

durchs Fenster geworfen wurde, und von der beschmierten Haustür bis zur Verwüstung des Gartens. 1944 wurde Pflüger, der mittlerweile schon 65 Jahre alt war, von den zunehmend nervösen Nationalsozialisten nochmals verhaftet und ins KZ Dachau verbracht. Das Kriegsende bedeutete für die Familie Pflüger ohne jede Frage und Einschränkung die Befreiung von einem zwölfjährigen Martyrium. Auch wenn Fritz Ulrich in einer Laudatio für den Parteifreund über dessen Erfahrungen im «Dritten Reich» später formulierte *Aber sie konnten den Geist nicht töten!*, so wäre es völlig falsch, davon auszugehen, diese Zeit hätte keine negativen Rückwirkungen bei Pflüger gehabt. Er hatte zu spüren bekommen, wozu Menschen fähig sind, war zu tiefst gedemütigt worden und hatte mit der Familie in Angst gelebt. Solche Erfahrungen über zwölf Jahre hinweg bleiben nicht ohne sichtbare Spuren im Charakter einer Persönlichkeit.

*Mitglied der Vorläufigen Volksvertretung für Württemberg-Baden – Albert Pflüger wird zum Präsidenten des Landesgewerbeamts ernannt*

Fritz Ulrich hat wohl auch gemeint, die Behandlung in den Konzentrationslagern hätten Pflügers politische Grundhaltung nicht zerstören können und auch nicht seine Bereitschaft, sich politisch zu engagieren. Das ist ganz richtig, und deshalb war der ältere Herr aus Obertürkheim, der mehrfach Journalisten stolz erzählen sollte, man habe ihn nicht «he» machen können, auch führend am Wiederaufbau der sozialdemokratischen Partei in Württemberg beteiligt. Schon am 11. Juli 1945 war er unter den Zuhörern, als Kurt Schumacher in der Handelsschule in Stuttgart sprach und auf diese Weise – und illegal, denn Parteien waren noch nicht wieder zugelassen – die SPD in Württemberg neu gründete. Im September war Albert Pflüger dann selbst als Redner aktiv und trat mit flammenden Worten in Obertürkheim und Cannstatt für die Ideen des demokratischen Sozialismus ein. Am 16. Januar 1946 konnte er dann auch seine parlamentarische Arbeit wieder aufnehmen: Die Vorläufige Volksvertretung für Württemberg-Baden, zu deren Präsident Wilhelm Keil gewählt wurde, war zu ihrer ersten Sitzung zusammengetreten. Die 124 Abgeordneten dieses Gremiums waren von Ministerpräsident Reinhold Maier berufen worden, da Wahlen zu einer Verfassunggebenden Landesversammlung von der US-amerikanischen Besatzungsmacht erst später im Jahr vorgesehen waren.

Beruflich ergaben sich ebenfalls neue Perspektiven, nachdem im September 1945 eine Staatsregierung

für Nordwürttemberg und Nordbaden gebildet worden war. In dieser Regierung war Albert Pflügers Leidensgenosse Josef Andre, mit dem er zunächst im Parlament so häufig die Klängen gekreuzt hatte, ehe sich in der Zeit gemeinsamer Bedrückung durch den Nationalsozialismus beinahe so etwas wie Freundschaft zwischen den beiden gleichaltrigen Politikern entwickelt hatte, Wirtschaftsminister geworden. Andre bat Pflüger im November 1945, die Leitung des Landesgewerbeamts zu übernehmen, gleichzeitig aber auch Hauptberichterstatte für das Handwerk im Wirtschaftsministerium zu werden. Pflüger sagte zu, erhielt zu Beginn des Jahres 1946 den Titel «Präsident» und wurde in seine alten Beamtenrechte wieder eingesetzt sowie zum Ministerialrat befördert. Dies war ein Akt der Wiedergutmachung, der allerdings nicht darüber hinwegtäuschen konnte, daß Pflüger fast dreizehn Jahre gewaltsam von der Berufsausübung ferngehalten und ihm seine Bezüge samt Pension nicht ausgezahlt worden waren.



Albert Pflüger (links) mit Ministerpräsident Dr. Reinhold Maier, wohl bei einer Ausstellungseröffnung, um 1950.

Albert Pflüger zählte sowohl in seinem beruflichen als auch in seinem politischen Engagement zu den «Männern der ersten Stunde» im deutschen Südwesten und arbeitete als Präsident des Landesgewerbeamts und als Parlamentarier mit ungebremschter Kraft. In der Vorläufigen Volksvertretung ergriff er in jeder Sitzung das Wort. Am 30. Januar 1946 betonte er dort in seiner ersten Parlamentsrede seit vierzehn Jahren, daß auch für ihn die *Wiederherstellung unseres geschlossenen einheitlichen Deutschen Reiches* ein wichtiges Ziel bedeute und daß er namens der SPD den Zusammenschluß von Nordwürttemberg und Nordbaden als *eine wirtschaftliche Notwendigkeit betrachte, der sich niemand entziehen kann*. Die Flüchtlinge müßten ins Wirtschaftsleben integriert werden; die Wirtschaft Deutschlands müsse schnell wieder auf die Beine kommen, wobei das Ruhrgebiet eine entscheidende Rolle spiele: Es müsse *uneingeschränkt in deutscher Hand* bleiben. Er schloß mit zuversichtlichen Worten: *Unser Land und Volk werden bestimmt wieder eine Zukunft haben. Davon bin ich überzeugt. Wenn ich unsere kleinen Leute ansehe, ob Bauer oder Arbeiter oder Handwerker, arbeitsgewohnt, arbeitswillig und von dem Wunsch beseelt, wieder vorwärts zu kommen, glaube ich an die Zukunft. Wir haben den Wunsch, recht bald wieder ein vollwertiges Glied im Kreise aller Staaten zu werden. Wir wollen unsere ganzen Kräfte einsetzen für die Wiederherstellung einer friedlichen Entwicklung.*

*Für den Wahlkreis Nürtingen Mitglied der Verfassunggebenden Landesversammlung von 1946 – deutliche Worte zur Schuld der Hitler-Anhänger*

Bei den Wahlen zur Verfassunggebenden Landesversammlung am 30. Juni 1946, aus denen die Sozialdemokratie als zweitstärkste Kraft im Land hervorging – 32 Sitze gegenüber 41 der CDU –, wurde Albert Pflüger, obwohl in Stuttgart-Obertürkheim wohnhaft, als Abgeordneter seines heimatlichen Wahlkreises Nürtingen gewählt. Er war im Ständigen Ausschuß sowie im Geschäftsordnungs- und Verfassungsausschuß Mitglied und beteiligte sich lebhaft an den Verfassungsberatungen. Am 25. September 1946 etwa sprach er sich heftig gegen den Vorschlag seines Parteifreundes Staatsrat Carlo Schmid aus, einen Senat als zusätzliche Kammer zum Landesparlament zu bilden. Auch aufgrund seiner Argumente wurde die Senatslösung abgelehnt. Genau einen Monat später sagte er nach Ausführungen zur Ernährungs- und Brennstofflage, daß das Schicksal der Deutschen *mit dem der übrigen Welt aufs engste verbunden sei. Deutschland muß wieder ein politisch und wirtschaftlich einheitlicher Staat*

*werden, der sich einreihen kann in den Kreis der Völker und dort als gleichwertig zur Mitarbeit herangezogen wird. Wir in unserem Teil wollen und werden nichts unterlassen, was geeignet erscheint, einer friedlichen Entwicklung zu dienen, den Geist pflegen, der es ausschließt, daß die Gedanken einer Diktatur je wieder Platz greifen können. Das deutsche Volk ist ein Volk der Arbeit. Darin liegt seine Kraft, die Gewähr dafür bietet, daß dem Gang durch die Wüste der gegenwärtigen Zeit wieder ein Aufstieg folgen wird.*

Zuversicht, Vertrauen in die Aufbaukräfte des Volkes und eine Betonung der staatlichen Einheit Deutschlands – dies waren Elemente, die in Pflügers Reden immer wieder zu finden waren. Er machte sich zum Anwalt des «kleinen Mannes», kannte in allen Einzelheiten die Versorgungsprobleme, vergaß aber auch nie darauf hinzuweisen, daß die Deutschen an ihrer Lage selbst die größte Schuld trügen: *Die Nazipolitik hat Volk und Land in eine furchtbare Lage gebracht. Breiten Schichten des Volkes ist das noch nicht ausreichend zum Bewußtsein gekommen. Sie sehen zwar die Not, wissen von den Trümmerstätten landauf und landab, lernen jeden Tag Menschen kennen, denen der Hunger aus den Augen schaut, beobachten, wie apathisch viele dahinleben, haben sich aber noch nicht die Mühe gemacht, nach den Ursachen näher zu forschen. (...) Daß Hitler und seine Partei uns in den Krieg geführt haben, davon sprechen diese Leute nicht, auch darüber schweigen sie, daß die Hitler und Genossen durch die Ausräuberung der Länder den Haß der Welt auf das deutsche Volk gezogen haben. (...) Man muß immer wieder laut und deutlich aussprechen: Die Ursache unserer Not ist die Hitler-Politik und der durch sie verschuldete verheerende Krieg. Und jeder, der einmal den Melodien dieser Rattenfänger folgte, muß sich sagen: ich habe einen Teil der Schuld an dieser ungeheuerlichen Not (25. Oktober 1946).*

Das waren freilich keine populären Worte, die allgemein Anklang fanden. Dennoch genoß der asketisch wirkende, persönlich sehr bescheidene und in seiner Physiognomie an Bilder der Romanfigur Don Quichote erinnernde Albert Pflüger große Beliebtheit. Bei den Wahlen zum ersten württemberg-badischen Landtag am 24. November 1946, die mit der Volksabstimmung über den Verfassungsentwurf gekoppelt war, gewann die SPD 32 Mandate. Pflüger konnte seine parlamentarische Arbeit aufgrund sehr guter Wahlergebnisse fortsetzen und wurde zum Vorsitzenden des Geschäftsordnungs-Ausschusses gewählt. Die Protokolle der Verhandlungen des Landtags weisen in beeindruckendem Umfang nach, wie engagiert er sein Mandat wahrnahm. Mit seinem neun Jahre älteren Freund Wilhelm Keil, der zum Landtagspräsidenten gewählt

worden war, zählte er zu den an Lebens-, aber auch an Abgeordnetenjahren ältesten Mitgliedern der SPD-Fraktion und sogar des Parlaments. Als krank gemeldet oder abwesend findet man ihn äußerst selten. Auffallend ist Pflügers zunehmend «konservative», sehr «patriotische» Haltung in nahezu allen politischen Fragen grundsätzlicher Art, die eher zu einem CDU-Parlamentarier paßt denn zu einem Mann, der seit fünfzig Jahren der SPD angehört. So ist nachzulesen, daß er am 1. April 1947 im Landtag zum Thema Kriegsgefangenschaft in Rußland sagte, *daß die Menschen, die im Osten standen, als Männer behandelt werden müssen, die ihre Pflicht getan haben. Man kann nicht den Standpunkt vertreten, sie seien in das Land gekommen, um Zerstörungen anzurichten. Für die Zerstörungen, die angerichtet wurden, tragen die Menschen, die dort gefangen sitzen, keine Verantwortung. Die Verantwortung haben andere Kreise und andere Personen zu tragen.* Er forderte den Landtag auf, darauf zu drängen, über Anzahl und Schicksal der kriegsgefangenen Deutschen in Rußland Klarheit zu erhalten, denn darauf hätten die Angehörigen ein Anrecht.

Als im November 1950 in Württemberg-Baden ein neuer Landtag gewählt wurde, konnte die SPD einen großen Erfolg verbuchen; sie hatte nun 34 Mandate gewonnen, während die CDU eine schwere Niederlage erleben mußte. Erneut war Albert Pflüger gewählt worden und zog als erste Konsequenz daraus den Entschluß, im nunmehr siebzigsten Lebensjahr von seinem Präsidentenamt im Landesgewerbeamt zurückzutreten. Der Staatsanzeiger würdigte in einer Laudatio Pflügers Verdienste: *Das weit gespannte Aufgabengebiet des Landesgewerbeamts mit seinen Abteilungen Verwaltung, Gewerbeförderung, Messen und Ausstellungen, Eichwesen, Handwerksförderung, Bibliothek und Patentschriftenauslegestelle, Forschung und Chemische Landesuntersuchungsanstalt fand in Präsident Pflüger einen trefflichen Sachwalter. Umsichtig und energisch hat Präsident Pflüger das durch die Kriegs- und Nachkriegsereignisse schwer heimgesuchte Landesgewerbeamt Stuttgart personell und materiell wieder aufgebaut und ihm eine besondere, weit über die Grenzen des Landes hinaus anerkannte Bedeutung für die Förderung von Industrie, Handwerk und Gewerbe geschaffen.*

Nun kamen auch die Ehrungen und Auszeichnungen auf ihn zu, die der neue westdeutsche Staat, die Bundesrepublik Deutschland, an verdiente Politiker vergab. Kurz nach seinem 70. Geburtstag wurde dem Parlamentarier Pflüger am 28. Dezember 1951 das Verdienstkreuz des Bundes-Verdienstordens verliehen. Mehr als zwei Jahre später überreichte ihm Ministerpräsident Gebhard Müller das Große

Verdienstkreuz. Bereits 1929 war übrigens Albert Pflüger zum Ehrenbürger der Technischen Hochschule Stuttgart ernannt worden; zu jener Zeit etwas ganz und gar Außergewöhnliches für einen Sozialdemokraten.

*Albert Pflüger gehört zum drittenmal einer Verfassungsgebenden Landesversammlung an*

Zum drittenmal in seinem langen Parlamentarierleben gehörte Albert Pflüger 1952/53 einer Verfassungsgebenden Landesversammlung an; eine Tatsache, an der allein schon das wechselhafte Geschick des deutschen Südwestens in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts deutlich wird. Diesmal waren die konstitutionellen Grundlagen des Südweststaates zu schaffen, der nach mehrjährigem politischen Ringen der drei südwestdeutschen Nachkriegsländer Württemberg-Baden (US-amerikanische Zone), Baden und Württemberg-Hohenzollern (französische Besatzungszone) mit der Volksabstimmung vom 9. Dezember 1951 beschlossene Sache war. Baden war in seinem Kampf um Selbständigkeit und gegen den Zusammenschluß letztlich unterlegen. Pflüger hatte sich frühzeitig für einen Südweststaat stark gemacht, da ihm insbesondere die wirtschaftliche Schwäche der drei Länder als ernstes Hemmnis für eine gedeihliche Einzelentwicklung erschien. Im Zusammenschluß sei diese Schwäche leichter zu überwinden. Im März 1952 wurden die Mitglieder der Landesversammlung gewählt; Pflüger gehörte wieder dem Geschäftsordnungsausschuß, dem Finanz- und Wahlprüfungsausschuß sowie dem Ausschuß für Landwirtschaft und Ernährung, vor allem aber dem Verfassungs-Ausschuß an. Mit gewohntem Elan stürzte er sich in die Arbeit und drückte als einer der wenigen Abgeordneten, die sich zu fast jedem Thema meldeten, der baden-württembergischen Landesverfassung seinen Stempel auf. Auch vor diesem Hintergrund ist Albert Pflüger eine Gründergestalt Baden-Württembergs.

Er stritt, um nur ein Beispiel für seinen unverminderten Einsatz herauszugreifen, in der Sitzung des Verfassungs-Ausschusses am 17. September 1952 erneut vehement gegen die Einführung eines Senats als Zweite Kammer, wie die CDU ihn beantragt hatte. Besonders störte er sich daran, daß die CDU vorschlug, der Senat könne Einspruch gegen Beschlüsse des Landtags erheben, wobei dieser sich fügen müsse. Er sei erschrocken, als er dies gelesen habe, und frage sich, *was will die CDU damit? Das ist doch eine Verhöhnung des Volkes.* Der Fraktionsvorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Gebhard Müller, empörte sich über diesen Vorwurf derart, daß er

vom Vorsitzenden des Ausschusses, Franz Gog (CDU), verlangte, hier einzuschreiten. Gog sprach Pflüger sein Mißfallen aus. *Ich verstehe (...), daß Sie bei Ihrem Temperament einer kleinen Entgleisung zum Opfer gefallen sind,* bemühte sich Gog um Beschwichtigung. Pflüger akzeptierte dies jedoch nicht und bekam Schützenhilfe von seinem Fraktionskollegen Willi Lausen, der darauf hinwies, vergleichbare Ausdrücke von anderer Seite seien auch nicht gerügt worden. Pflügers Position in der Senatsfrage setzte sich übrigens durch. Keinen Erfolg hatte er allerdings mit seiner Unterstützung des Namens «Schwaben» für das neue Land, der am 4. November 1953 ebenso abgelehnt wurde wie «Württemberg-Baden».

Nach der mit großer Mehrheit am 11. November 1953 angenommenen Landesverfassung «verwandelte» sich die Landesversammlung in den ersten Landtag von Baden-Württemberg. Für Pflüger endete das 40. Jahr seiner nur durch das «Dritte Reich» unterbrochenen parlamentarischen Tätigkeit. Da es keine Altersbegrenzung für Abgeordnete gab, sah Pflüger selbst auch keine Veranlassung, sein Mandat jemand anderem zu überlassen und sich zurückzuziehen. Man übertreibt kaum, wenn man ihn als Parlamentarier aus Leidenschaft bezeichnet. Mit seinen 75 Jahren genoß der eine gute Zigarre nicht schmähende, in seiner freien Zeit oft mit seiner Gattin wandernde Pflüger einen beinahe schon legendären Ruf. Sein asketisches Äußeres und insbesondere die markante Physiognomie, verbunden mit einer oft der Predigt eher als der politischen Rede verwandten Rhetorik brachten ihm auf den Fildern, wo er oft Versammlungen abhielt, den Beinamen «Filder-Heiland» ein. Die Presse hob zum 75. Geburtstag neben seinen Leistungen für Land und Volk vor allem die gute Gesundheit des Jubilars hervor. Sein guter Freund Fritz Ulrich, Innenminister von Baden-Württemberg, schrieb etwa: *Dank seiner bewunderswerten und robusten Gesundheit gehört der Fünfundsiebzigjährige auch heute noch zu den aktivsten Parlamentariern.* Pflüger, dem der direkte Kontakt zu den Bürgern seines Wahlkreises sehr wichtig war, hielt auch jetzt noch gut besuchte Bürgersprechstunden in Nürtingen und Kirchheim ab: *Man hat fast das Gefühl im Sprechzimmer eines Arztes zu sitzen, wenn man erlebt, mit welcher Teilnahme sich Präsident Pflüger (...) die Anliegen seiner «Patienten» anhörte. Und man hat auch sofort den Eindruck gewonnen, daß er nicht nur gekommen ist, um sich die Klagen und Sorgen der Leute anzuhören. Wie er – der nach über vierstündigen Verhandlungen mit insgesamt rund 30 Hilfesuchenden keine Spur von Ermüdung zeigte – uns mitteilte, wird von ihm jeder einzelne Fall*

gründlich bearbeitet, hieß es in einem Bericht des Teckboten aus dem Jahre 1951. Zum 75. Geburtstag widmete ihm diese Zeitung die herzlichen Worte: *Wenn man heute über die Politiker schlechthin die Nase rümpft und schimpft, so trifft das für den Landtagsabgeordneten des Kreises Nürtingen, Albert Pflüger (...), nicht zu. Es gibt kaum eine Persönlichkeit, die so viel Achtung und so viel Wertschätzung im Laufe eines langen Lebens verdient hat, wie Albert Pflüger. (...), Er ist der Anwalt der Hilfsbedürftigen, denen er hilft, wo er helfen kann, denen seine ganze Liebe gilt. Aber auch sie lieben und verehren ihren Präsidenten.*

*Wegen «schwerer gesundheitlicher Störungen» legt der rüstige 76jährige Parlamentarier Albert Pflüger Ende 1955 sein Amt nieder*

Doch das Ende der politisch aktiven Zeit stand ihm näher bevor, als er es selbst vermutlich ahnen konnte. Der alte Herr, der *fast immer, wenn im Landtag Meinungsverschiedenheiten über Fragen der Geschäftsordnung ausgekämpft werden, (...) in leicht gebückter Haltung (...) von seinem Abgeordnetenplatz durch die Reihen seiner Kollegen nach vorn geht, ums Wort bittet und seine Ansicht darlegt, der Freude an der parlamentarischen Arbeit hatte und die ihm nach dem Tod seiner Ehefrau Berta und seines einzigen Sohnes über vieles hinweghalf, legte am Ende des Jahres 1955, kurz nach seinem 76. Geburtstag, sein Mandat nieder. In den offiziellen Verlautbarungen seitens des SPD-Pressedienstes war in diesem Zusammenhang von *schweren gesundheitlichen Störungen* die Rede, die schon seit langem bestünden. Angesichts der ganz anders lautenden Berichterstattung über Pflügers Gesundheitszustand nur ein Jahr zuvor scheinen an dieser Version Zweifel angebracht zu sein. Es liegt vielmehr nahe, daß Pflüger von seiner eigenen Partei zur Mandatsniederlegung gedrängt worden ist und die *gesundheitlichen Störungen* nur vorgeschützt waren, um einen Grund für den Abschied eines Mannes von der Politik, der im 57. Jahr Mitglied der SPD war und sich den größten Teil seines Lebens aktiv politisch betätigt hatte, vorweisen zu können. Einige Zeitungsartikel, die Eingang in seine im Archiv des Landtags von Baden-Württemberg verwahrte «Persönlichkeiten-Dokumentation» gefunden haben, weisen ganz deutlich darauf hin.*

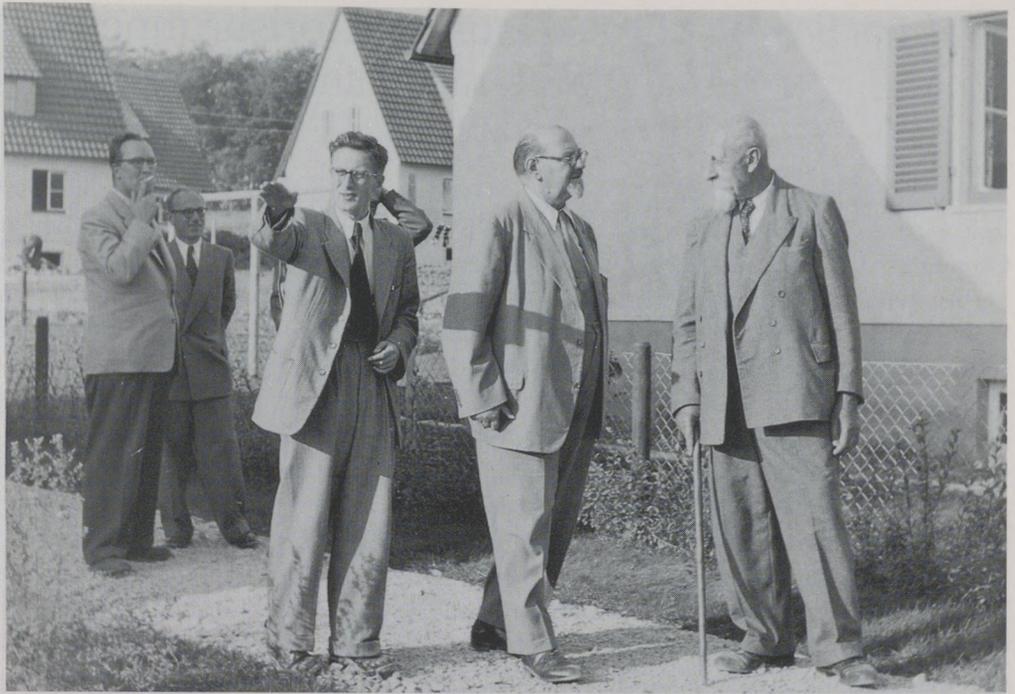
Wie dem aber auch immer gewesen sein mag: Die am 5. Dezember 1955 erfolgte Mandatsniederlegung, die dazu führte, daß für den Rest der Legislaturperiode der Wertheimer Bürgermeister Carl Roth – seinerseits auch schon über 70 Jahre alt – Pflügers Abgeordnetensitz einnahm, beendete die politische

Laufbahn einer der profiliertesten Persönlichkeiten der südwestdeutschen Sozialdemokratie. Daß es ihm gesundheitlich durchaus nicht so schlecht ging, wie der SPD-Pressedienst Glauben machen wollte, zeigt etwa schon die Tatsache, daß er noch zehn Jahre lang lebte und in dieser Zeit nicht dem Tod entgegendämmerte, sondern seine Unrast und erzwungene Fernhaltung vom politischen Leben mit ausgedehnten Wanderungen zu kompensieren suchte. Außerdem ging er, der auf die achtzig zugeing und das Alleinsein zugleich haßte und fürchtete, eine zweite Ehe mit einer wesentlich jüngeren Frau ein.

Mitten im 86. Lebensjahr ist Albert Pflüger am 11. Mai 1965 in Stuttgart gestorben. Zahlreiche Nachrufe erinnerten an sein langjähriges Wirken; zu seiner Bestattung auf dem Pragfriedhof in Stuttgart am 14. Mai fanden sich viele politische Freunde und Weggefährten ein, und noch einmal wurde die Dimension seines politischen Lebenswerkes deutlich: 66 Jahre lang Mitglied der SPD, seit seiner Wahl in den Stuttgarter Bürgerausschuß eine «öffentliche» Person, deren Leben stets eng mit Stuttgart verbunden blieb; über vierzig Jahre lang – mit der gewaltsamen Unterbrechung von 1933–1945 – ein Parlamentarier, der innerhalb von 33 Jahren (1919–1952) maßgeblich an drei Verfassungsschöpfungen im deutschen Südwesten beteiligt war; ein markanter, ob seiner gelegentlich schneidenden Rhetorik sicherlich nicht von jedermann uneingeschränkt geschätzter, wohl aber über die Grenzen der Parteien hinweg respektierter Politiker, dessen Wirken aus der Geschichte des deutschen Südwestens im 20. Jahrhundert nicht leicht wegzudenken ist.

Und dennoch: heute ist er, dreißig Jahre nach seinem Tod, weithin vergessen. Es gibt nicht eine umfassende, wenigstens die wichtigsten Aspekte berücksichtigende Schrift über ihn. Auch in dem Band über die Geschichte der SPD in Württemberg (1979) bleibt er eine nebulöse Randfigur, versehen mit wenigen lexikalischen Zutaten. Dem Andenken des nach eigener Auskunft *bekennenden Schwaben* und leidenschaftlichen Stuttgarters wurde bis heute kein Platz und keine Straße gewidmet. So wird bei diesem großen Sozialdemokraten und Parlamentarier, der in vier politischen Systemen lebte und in drei dieser Systeme zum Wohl der Öffentlichkeit wirkte, leider nur zu deutlich, daß die Nachwelt nicht nur dem Mimen keine Kränze flicht, sondern auch so manchem aufrechten Demokraten nicht, ohne deren Leistungen der Fundus an Tradition zur Identitätsfindung der deutschen Demokratie nach Hitler bedeutend ärmer wäre.

*Geburtstagsbesuch  
von Parteifreund  
Fritz Ulrich in Stutt-  
gart-Obertürkheim  
im Jahr 1959.*



#### QUELLEN UND LITERATUR:

Taufregister der Familie Pflüger, Evangelisches Pfarramt Dettingen unter Teck. – Protokolle der Verhandlungen des württembergischen Landtags 1914–1933. – Protokolle der Verhandlungen des württemberg-badischen bzw. baden-württembergischen Landtags 1946–1955.

Quellen zur Entstehung der Verfassung von Baden-Württemberg. 8 Bände (bearbeitet von Paul Feuchte), Stuttgart 1986 ff., sowie ein Registerband (bearbeitet von Jürgen Tröscher), Stuttgart 1995, hier vor allem S. 372–374 und 407.

«Aufwiegler, Rebellen, saubere Buben». Alltag in Botnang. Geschichte eines Stuttgarter Stadtteils, mit Beiträgen von Andreas Gestrich, Hans-Jürgen Winkelmann ... (Veröffentlichungen des Archivs der Stadt Stuttgart 63), Stuttgart 1994, S. 178, 222, 227, 231, 331.

Wilhelm Bloss: Von der Monarchie zum Volksstaat. 2 Bände, Stuttgart 1922/23, S. 124 (Band 2).

Paul Hahn: Erinnerungen aus der Revolution in Württemberg. «Der Rote Hahn, eine Revolutionserscheinung». Stuttgart 1922, bes. S. 115 ff.

Wilhelm Keil: Erlebnisse eines Sozialdemokraten. 2 Bände, Stuttgart 1947 und 1948, S. 140, 474, 487, 499, 501, 513, 613, 615, 622.

Michael Kißener: Verfolgung-Resistenz-Widerstand. Südwestdeutsche Parlamentarier in der Zeit des Nationalsozialismus. In: Thomas Schnabel/Angelika Hauser-Hauswirth (Hg.): Formen des Widerstandes im Südwesten 1933–1945. Scheitern und Nachwirken. Ulm 1994, S. 95–104, hier S. 100.

Kurt Leipner (Hg.): Chronik der Stadt Stuttgart 1933–1945 (Veröffentlichungen des Archivs der Stadt Stuttgart 30). Stuttgart 1982, S. 16, 17, 26, 38.

Roland Müller: Stuttgart zur Zeit des Nationalsozialismus. Stuttgart 1988, S. 151, 166.

Albert Pflüger in: Munzinger Archiv/Internationales Biographisches Archiv, Lieferung 13/54 (2971).

Sylvia Neuschl: Geschichte der USPD in Württemberg oder Über die Unmöglichkeit einig zu bleiben. Esslingen am Neckar 1983, S. 64, 68, 118, 201, 342, 378.

Obertürkheimer Ortsgeschichte. Heimatbuch Obertürkheim e.V., bearb. von Emil Obermann, Obertürkheim 1990, S. 286 f.

Frank Raberg: Pflüger, Albert. SPD-Politiker, MdL, Landtagspräsident, Präsident des Landesgewerbeamts. Eingereichtes Manuskript zur Veröffentlichung im 3. Band der «Baden-Württembergischen Biographien» (hg. von Bernd Otnad im Auftrag der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg).

Adolf Rapp (Bearb.): Lebenserinnerungen von Gottlob Egelhaaf (Veröffentlichungen der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg, Reihe A: Quellen, Band 5), Stuttgart 1960, S. 156, 160.

Erich Roßmann: Ein Leben für Sozialismus und Demokratie. Tübingen 1947, S. 67–71.

Paul Sauer: Württemberg in der Zeit des Nationalsozialismus. Ulm 1975, S. 162.

ders.: Demokratischer Neubeginn in Not und Elend. Das Land Württemberg-Baden von 1945–1952. Ulm 1978, S. 202, 242, 278, 285, 317, 399.

Jörg Schadt u. Wolfgang Schmierer (Hg.): Die SPD in Baden-Württemberg und ihre Geschichte (Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs 5). Stuttgart-Berlin-Köln-Mainz 1979.

Manfred Schmid (Hg.): Auf dem Stuttgarter Rathaus 1915–1922. Erinnerungen von Fritz Elsas (1890–1945). (Veröffentlichungen des Archivs der Stadt Stuttgart 47), Stuttgart 1990, S. 149, 151 f., 167, 233.

Thomas Schnabel: Württemberg zwischen Weimar und Bonn 1928–1945/46 (Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs 13). Stuttgart-Berlin-Köln-Mainz 1986, S. 111.

Benigna Schönhagen: Zwischen Verweigerung und Agitation ... In: Thomas Schnabel (Hg.): Die Machtergreifung in Südwestdeutschland: das Ende der Weimarer Republik in Baden und Württemberg 1928–1933 (Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs 6), Stuttgart-Berlin-Köln-Mainz 1982, S. 113–149, hier S. 133.

Martin Schumacher (Hg. u. Einleitung): MdR. Die Reichstagsabgeordneten der Weimarer Republik in der Zeit des Nationalsozialismus. Politische Verfolgung, Emigration und Ausbürgerung 1933–1945. Düsseldorf 1991, Nr. 23 (Josef Andre, S. 94), Nr. 1107 (Erich Roßmann, S. 473).

Schwäbische Kronik vom 27. Oktober 1913, S. 5.

Fritz Ulrich: Albert Pflüger 75 Jahre. In: Staatsanzeiger für Baden-Württemberg vom 10. November 1954.

Hermann Vietzen: Chronik der Stadt Stuttgart 1945–1948 (Veröffentlichungen des Stadtarchivs Stuttgart 25, hg. v. Kurt Leipner), Stuttgart 1972, S. 120, 203, 208, 209, 212.

Maria Zelzer: Stuttgart unterm Hakenkreuz. Chronik aus Stuttgart 1933–1945, Stuttgart 1984, S. 61, 398.